

# Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

---

27. Januar 2014  
Pressemitteilung

Internationaler Holocaust-Gedenktag am 27. Januar 2014 :  
Romani Rose spricht bei der zentralen Kundgebung in Stockholm

„Die Verteidigung dessen, was die europäische Idee im Kern ausmacht – die unbedingte Geltung der Menschenrechte und die Würde eines jeden Einzelnen – ist und bleibt eng mit der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus verknüpft“, erklärte Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, heute in Stockholm bei der zentralen Gedenkkundgebung auf dem Raoul-Wallenberg-Platz in Stockholm. Für die Schwedische Regierung spricht Ministerin Brigitta Ohlsson. In diesem Jahr stehen die im Holocaust ermordeten 500.000 Roma und Sinti Europas im Zentrum des Gedenkens. Romani Rose wurde vom „Forum för levande historia“ eingeladen. An der Gedenkveranstaltung nimmt auch der Deutsche Botschafter in Schweden, S.E. Harald Kindermann, teil.

Rose führt in seiner Gedenkansprache aus, daß der Völkermord an den Sinti und Roma ein Staatsverbrechen war, das akribisch geplant und ins Werk gesetzt wurde, und zwar unter Beteiligung nahezu des gesamten damaligen Behördenapparats. Der nationalsozialistische Staat sprach den Angehörigen unserer Minderheit kollektiv und endgültig das Existenzrecht ab, nur weil sie als Sinti oder Roma geboren worden waren: unabhängig von ihrem Verhalten, ihrem Glauben oder ihrer politischen Überzeugung. Das Gedenken an die Opfer des Holocaust sei kein leeres Ritual, sondern ein lebendiger Prozeß, ein wesentlicher Beitrag für unsere heutige Zivilgesellschaft in Europa. „Unser Ziel muss sein, dass Sinti und Roma in allen europäischen Staaten in das nationale Gedächtnis ihrer Heimatländer aufgenommen werden: als integraler Bestandteil der eigenen Geschichte und der eigenen Kultur. Nur so werden wir Ausgrenzung und Rassismus in der Gegenwart überwinden“, so Rose.

Die Rede von Romani Rose finden Sie als separates Dokument angehängt.

Herbert Heuss  
Ltd. Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
[Herbert.heuss@sintiundroma.de](mailto:Herbert.heuss@sintiundroma.de)

**Rede Romani Rose : Zentrale Gedenkkundgebung  
Stockholm , Raoul-Wallenberg-Platz, 27. Januar 2014**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor 69 Jahren, am 27. Januar 1945, wurden die letzten Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau von der sowjetischen Armee befreit. Wir gedenken heute aller Menschen, die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur wurden: weil sie Sinti, Roma oder Juden waren, weil sie behindert oder krank waren, weil sie eine andere politische oder religiöse Überzeugung vertraten, weil sie sich zur ihrer Homosexualität bekannten oder weil sie in den besetzten Staaten Europas Widerstand gegen den nationalsozialistischen Terror leisteten. All diese Menschen verbindet das erlittene Unrecht.

Wir Sinti und Roma teilen mit den Juden das furchtbare Schicksal der systematischen Vernichtung im nationalsozialistisch besetzten Europa. Orte wie Auschwitz, Majdanek, Treblinka, wie Dachau, Buchenwald oder Bergen-Belsen stehen auch symbolhaft für den Holocaust an unserer Minderheit, dem europaweit eine halbe Million unserer Menschen zum Opfer fiel.

Der Holocaust an den Sinti und Roma war kein bloßes Anhängsel der Shoah, wie es lange dargestellt wurde, sondern ein eigenständiger Verbrechenskomplex. In seiner historischen Rede vom 16. März 1997 erklärte der damalige deutsche Bundespräsident Roman Herzog (ich zitiere): „Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden. Sie wurden im gesamten Einflussbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis ermordet.“ (Zitat Ende)

Der Völkermord an den Sinti und Roma war ein Staatsverbrechen, das akribisch geplant und ins Werk gesetzt wurde, und zwar unter Beteiligung nahezu des gesamten damaligen Behördenapparats. Der nationalsozialistische Staat sprach den Angehörigen unserer Minderheit kollektiv und endgültig das Existenzrecht ab, nur weil sie als Sinti oder Roma geboren worden waren: unabhängig von ihrem Verhalten, ihrem Glauben oder ihrer politischen Überzeugung.

Bereits die berüchtigten Nürnberger Gesetze wurden auf direkte Anweisung von Reichsinnenminister Frick auf Sinti und Roma genauso angewandt wie auf Juden. In der Folge wurden Angehörige unserer Minderheit systematisch aus allen gesellschaftlichen Bereichen ausgegrenzt. Sie unterlagen Berufsverboten und wurden aus den Schulen ausgeschlossen, ebenso aus der deutschen Armee.

Bereits im Dezember 1938 forderte Himmler in einem Erlass die (ich zitiere) „endgültige Lösung der Zigeunerfrage“. Im Mai 1940 begann die SS mit der Deportation ganzer Familien ins besetzte Polen.

Höhepunkt der Vernichtungspolitik war die Deportation von Sinti und Roma aus dem Deutschen Reich und dem besetzten Europa nach Auschwitz-Birkenau, auf der Grundlage eines Himmler-Befehls vom 16. Dezember 1942.

Die Gaskammern von Auschwitz, in denen Tausende unserer Männer, Frauen und Kinder einen qualvollen Tod erleiden mussten, stehen symbolhaft für ein Verbrechen, das in der Geschichte der Menschheit ohne Beispiel ist.

Ebenso erinnern wir heute an die ungezählten Massengräber mit Roma und Juden, die im besetzten Ost- und Südosteuropa Opfer systematischer Massenerschießungen wurden. Von den meisten der Ermordeten kennen wir nicht einmal den Namen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die existenzielle Erfahrung des Holocaust hat sich tief in das kollektive Gedächtnis unserer Minderheit eingegraben und unsere Identität geprägt.

In den meisten europäischen Staaten gibt es dagegen kaum ein Bewusstsein für die historische Dimension der an unserer Minderheit während des Zweiten Weltkriegs begangenen Verbrechen. Auch in der Bundesrepublik wurde der Völkermord an den Sinti und Roma erst 1982 von der damaligen Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt politisch und völkerrechtlich anerkannt. Bis heute hat der Genozid an den Sinti und Roma in vielen Staaten Europas keinen Eingang in die nationale Erinnerungskultur gefunden, obwohl unsere Minderheit in diesen Ländern seit Jahrhunderten beheimatet ist.

Die verweigerte Anerkennung und die ausgebliebene historische Aufarbeitung haben spürbare Folgen für unsere Gegenwart. In den gesellschaftlichen Debatten ist von der historischen Verantwortung und Sensibilität, wie sie für die jüdische Minderheit zu Recht eingefordert wird, im Falle der Sinti und Roma nichts zu spüren. Im Gegenteil: Ihre öffentliche Wahrnehmung ist geprägt von Stereotypen und Pauschalurteilen. Dies zeigt etwa die Diskussion über so genannte Armutsmigration, die in Politik und Medien völlig undifferenziert auf dem Rücken unserer Minderheit ausgetragen wird.

Wie keine andere Minderheit in Europa sind Sinti und Roma in ihrem Alltag Diskriminierung, gesellschaftlicher Ausgrenzung und vielfältigen Formen von Rassismus ausgesetzt. Selbst Regierungsparteien betreiben Populismus auf Kosten unserer Minderheit, um politisch Gewinn daraus zu ziehen – vor allem nach der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise. Dies trägt mit dazu bei, gegen Sinti und Roma gerichtete rassistische Vorurteilsstrukturen bis weit in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und demokratiefeindliche Parteien zu stärken. Eine neue Dimension rassistisch motivierter Gewalt stellen die gezielten Morde an Angehörigen der Roma-Minderheit dar, wie sie etwa Ungarn vor einigen Jahren erschüttert haben.

Von den nationalen Regierungen und von den europäischen Institutionen – aber auch von den Verantwortlichen in den Medien – müssen wir daher fordern, dass sie dem Rassismus gegen Sinti und Roma mit der gleichen Entschlossenheit entgegenreten wie dem Antisemitismus. Historische Verantwortung ist unteilbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, längst ist die Auseinandersetzung mit den in deutschem Namen begangenen Menschheitsverbrechen während des Zweiten Weltkriegs zu einem integralen Bestandteil der politischen Kultur und der Identität Europas geworden.

Europa ist mehr als eine ökonomische Zweckgemeinschaft. Es gibt nicht nur ein Europa der Banken und Finanzmärkte, sondern auch ein Europa der Bürger, die eine gemeinsame Vision von Demokratie, Freiheit und Verantwortung teilen.

Die Verteidigung dessen, was die europäische Idee im Kern ausmacht – die unbedingte Geltung der Menschenrechte und die Würde eines jeden Einzelnen – ist und bleibt eng mit der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus verknüpft.

In allen europäischen Ländern engagieren sich vor allem junge Menschen für vielfältige Formen des Erinnerns oder beschäftigen sich mit einzelnen Verfolgungs-schicksalen.

Gedenken ist kein leeres Ritual, sondern ein lebendiger Prozess. Es ist ein wesentlicher Beitrag für unsere heutige Zivilgesellschaft in Europa, in der Menschenverachtung und Feigheit keinen Platz mehr haben dürfen.

Im Oktober 2012 hat die deutsche Bundeskanzlerin das nationale Denkmal für die im nationalsozialistisch besetzten Europa ermordeten Sinti und Roma eingeweiht. Auch der deutsche Bundespräsident hat an dem feierlichen Festakt teilgenommen. Ich bin gewiss, dass dieser Erinnerungsort im Herzen Berlins – in unmittelbarer Nachbarschaft zum Sitz des Bundestags – über die deutschen Grenzen hinaus seine symbolische Kraft entfalten wird.

Unser Ziel muss sein, dass Sinti und Roma in allen europäischen Staaten in das nationale Gedächtnis ihrer Heimatländer aufgenommen werden: als integraler Bestandteil der eigenen Geschichte und der eigenen Kultur. Nur so werden wir Ausgrenzung und Rassismus in der Gegenwart überwinden. Ich danke Ihnen.

# Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

---

**Rede Romani Rose,  
Anschlußveranstaltung in Stockholm zum 27. Januar 2014, 'É Romani Glinda'**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir haben soeben gemeinsam der Angehörigen unserer Minderheit, die im nationalsozialistisch besetzten Europa dem Holocaust zum Opfer fielen, gedacht. Historische Erinnerung jedoch ist untrennbar verbunden mit gelebter Verantwortung für die Gegenwart. An einem Gedenktag wie heute müssen wir auch die fatale Menschenrechtssituation unserer Minderheit in vielen ihrer europäischen Heimatländer zur Sprache bringen.

Die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu einem dramatischen Anwachsen rassistischer Ressentiments gegenüber Minderheiten geführt, die als Sündenböcke für gesellschaftliche Konflikte und Verwerfungen herhalten müssen. Dieser neue, zunehmend gewaltbreite Rassismus richtet sich insbesondere gegen Sinti und Roma und Juden.

Die Angriffe rechtsextremer Banden und Parteien, die in einer Vielzahl von Ländern Wahlkampf mit rassistischer Hetze machen – wie etwa die Parteien „Attaka“ in Bulgarien, „Jobbik“ in Ungarn, aber auch die NPD in Deutschland – zielen jedoch nicht allein auf Minderheiten, sie zielen auf das Herz unserer Demokratie in Europa.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann und darf es nicht allein Aufgabe von Minderheiten und der Zivilgesellschaft sein, sich gegen Rassismus und Diskriminierung zur Wehr zu setzen – das muss zuallererst Aufgabe der verantwortlichen Regierungen und ihrer zugeordneten Behörden auch und gerade in den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union sein.

Leider erleben wir vielfach das Gegenteil. Mit großer Sorge sehen wir, dass sich auch etablierte, an der Regierung beteiligte Parteien einer populistischen Rhetorik auf Kosten von Minderheiten bedienen.

Damit werden rechtsextreme Positionen in die Mitte der Gesellschaft getragen und demokratiefeindliche Parteien letzten Endes gestärkt.

In solch einem vergifteten Klima kann es sogar zu Gewalttaten entsetzlichen Ausmaßes kommen, wie die Mordserie an Roma in Ungarn, begangen von Rechtsradikalen, vor wenigen Jahren demonstriert hat. Sogar ein fünfjähriges Roma-Kind fiel den Morden zum Opfer. Gewalt gegen Roma gehört inzwischen vielen Staaten Europas zum Alltag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit 10 bis 12 Millionen Menschen bilden Sinti und Roma in größte Minderheit in Europa. Die meisten leben als normale Bürger in ihren Heimatländern, sie üben die gleiche Berufe aus wie die Angehörigen der Mehrheits-gesellschaft. Im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit jedoch stehen allein die Verlierer des politischen Umbruchs nach 1989.

Es sind diejenigen Roma, die nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaft als erste ihre Arbeit verloren und die heute ein Leben in Gettos fristen müssen, ohne eine echte Chance auf gesellschaftliche Teilhabe. Ein Europa, das seine Werte und seine Seele nicht verraten will, darf gerade diese Menschen nicht im Stich lassen.

Wie wirkungsmächtig die tief verwurzelten Feind- und Zerrbilder über unserer Minderheit noch immer sind, zeigt die diffamierende Behauptung vom Oktober letzten Jahres, Roma aus Griechenland hätten ein blondes Kind entführt. Die Fotografie der vierjährigen Maria, so der Name des Kindes, ging damals um die Welt und war sogar auf dem Titel der „New York Times“ zu sehen.

Auch schwedische Zeitungen haben das Foto abgedruckt. Damit wurde das jahrhundertealte Vorurteil vom Kinder raubenden „Zigeuner“ von den Medien gezielt hochgekocht und eine ganze Minderheit pauschal an den Prager gestellt. Dies zeigt, wie anfällig auch Demokratien für die Mechanismen der Vorurteilsbildung und der Ausgrenzung sind.

Der heutige politische und juristische Umgang mit rassistischen Denkmustern und rechtsextremer Gewaltideologie stellt einen Prüfstein dar, ob und welche Lehren wir aus Krieg und Völkermord gezogen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Worte zu unserer Minderheit hier in Schweden sagen.

Ich war sehr überrascht und beeindruckt, als ich erfahren habe, dass sich Katarina Taikon – Angehörige der schwedischen Roma-Minderheit – schon in den 1970er Jahren für die gesellschaftliche Gleichstellung unserer Minderheit politisch engagiert hat. Als bekannte Kinderbuchautorin wurde sie zu einer Symbolfigur des Kampfes für die bürgerlichen Rechte der Roma, die auch in Schweden schon seit Jahrhunderten beheimatet sind, aber von den Behörden als Fremde betrachtet und diskriminiert wurden.

Es ist ein ermutigendes Zeichen, dass die schwedische Journalistin Lawen Mohtadi 2012 eine viel beachtete Biografie über Katarina Taikon veröffentlicht hat, die nun sogar verfilmt werden soll. Die Lebensgeschichte von Katarina Taikon, die sogar mit Martin Luther King zusammentraf, ist ein Beweis dafür, dass es sich in der offenen, demokratischen Gesellschaft lohnt, für seine Rechte zu kämpfen – so wie es uns die schwarze Bürgerrechtsbewegung vorgemacht hat.

Auch die Bürgerrechtebewegung der deutschen Sinti und Roma hat nach Jahrzehnten der politischen Auseinandersetzung viel erreicht, wenngleich der tief verwurzelte Rassismus gegenüber unseren Menschen längst nicht überwunden ist. Doch hätte mir vor dreißig Jahren jemand vorhergesagt, dass

ein Holocaust-Überlebender unserer Minderheit vor dem deutschen Bundestag spricht oder dass eine deutsche Bundeskanzlerin ein Denkmal für unsere Holocaust-Opfer direkt neben dem Sitz des deutschen Parlaments der Öffentlichkeit übergibt, dann hätte ich das ganz sicher nicht für möglich gehalten.

Dass dies dennoch Wirklichkeit werden konnte, ist das Ergebnis eines beharrlichen Ringens um Respekt und um unsere eigene Würde.

Ich wünsche mir deshalb, dass gerade die gesellschaftlich erfolgreichen Angehörigen unserer Minderheit, die sich aus Angst vor Benachteiligung und Diskriminierung nicht öffentlich zu ihrer Identität bekennen, den Mut finden, aus der Anonymität her austreten: nicht nur Deutschland, sondern auch in Schweden und in anderen Staaten. Sie könnten unserer Minderheit ein neues Gesicht geben und damit helfen, falsche Vorstellungen zu korrigieren.

Wir sind keine geborenen Opfer. Wir haben es in der Hand, die Gesellschaft, in der wir leben, mitzugestalten und für unsere Rechte selbstbewusst einzutreten. Wir machen uns dabei keine Illusionen: Jahrhundertealte Vorurteile werden nicht über Nacht verschwinden. Aber die Geschichte zeigt auch, dass Rassismus und Ausgrenzung überwunden werden können.

Mein Respekt gilt dir, lieber Fred Taikon, der du in Schweden seit vielen Jahren für die Rechte unserer Menschen und ihre gesellschaftliche Anerkennung eintrittst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Martin Luther King hat in seiner unvergesslichen Rede in Washington von seinem Traum einer Gesellschaft der Brüderlichkeit ohne Rassismus und Unterdrückung gesprochen.

Auch wir Sinti und Roma haben diesen Traum: dass ein Sinti- oder Roma-Kind, das in einem europäischen Land geboren wird, die gleichen Chancen auf ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben hat wie jedes andere Kind in Europa auch.

Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Ich danke Ihnen.